

Sächsische Volkszeitung

ersch. täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis: 1 M 50 P (ohne Beleggeld), für Celtes-
reich 2 M 50 P. Bei a. u. Postanstalten 1. Zeitungsspreisl. Nr. 652.
Eingangsnummer 10 Pf. — Subskriptions-Spreisl. Nr. 11—12 M.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Interesse machen die 6. und 7. Seite ab. deren Raum mit 15 P.
Anzeigen mit 50 P die Zeile beträgt. In Dresden: Haupt-
buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden,
Königsplatz 43. — Verleger: Dr. 1906.

Die Reichstagswahlen

legen jedem Staatsbürger die Pflicht auf, sich über die politischen Tagesfragen genauer und gründlicher als je zu informieren. In der Hitze des Wahlkampfes schreckt mancher auch nicht davor zurück, zu unehrlichen Waffen seine Zuflucht zu nehmen. Der besorgende Wahlkampf wird an Festigkeit alle seine Vorgänger übertreffen.

Im Mittelpunkt desselben steht die soziale und nationale Politik des Zentrums. Je heftiger der Haß seiner Feinde sonst schon ist, desto mehr werden diese nun alle Kräfte in Bewegung setzen, um diese Volkspartei im wahren Sinne des Wortes zu verleumden und herabzusetzen. Nicht eines jeden, der die Wahrheit sucht oder bisher der Zentrumspolitik Anerkennung gezollt hat, ist es daher, sich durch das Abonnement auf die

„Sächsische Volkszeitung“

die Gelegenheit zu einer ehrlichen Aufklärung über die innere Lage zu verschaffen.

Der Feinde gegen die idealen und materiellen Güter des christlichen Volkes gibt es gar viele; die gefährlichsten sind nicht nur die roten Propaganden eines irdischen Paradieses auf Erden, sondern auch diejenigen, die konfessionellen Unfrieden stiften! Gegen beide nimmt die „Sächsische Volkszeitung“ energische Stellung. Sie fordert vor allem die christlichen Grundlagen für das Staatswesen und bekämpft daher den Liberalismus, der den modernen Staat zum allmächtigen Gott machen möchte — auf Kosten der Volksrechte. Die „Sächsische Volkszeitung“ bekämpft aber auch die verzerrte Richtung jener Staatserreiter, welche gegen die gerechten Forderungen der arbeitenden und produktiven Stände jähnen Widerstand entgegensetzen.

Das Programm unserer Zeitung, wie es sich seit fast fünf Jahren bewährt hat, ist die soziale und religiöse Gerechtigkeit gegen alle Stände und alle Konfessionen. Wegen dieses nicht erklüßlichen Standpunktes, zählen wir unsere Freunde in allen Kreisen, aber auch in beiden christlichen Konfessionen! Da die „Sächsische Volkszeitung“ das einzige Tagesblatt im Königreich Sachsen ist, welches die Interessen der Katholiken vertritt, so sollte es keinen katholischen Raum geben, der nicht ihr Abonnement ist. Besonders ist für die nächsten Wochen das Lesen unserer Zeitung notwendig und die beste Vorbereitung zur Wahl.

Der Bezugspreis ist für das I. Quartal 1907 unverändert geblieben, trotzdem die am 1. Januar in Kraft tretende erhebliche Erhöhung der Arbeitslöhne im gesamten deutschen Druckergewerbe und die fortgesetzte Steigerung aller Materialien im Zeitungsgewerbe bedeutende Mehrkosten verursachen.

Der die ganze deutsche Presse umfassende Verein deutscher Zeitungsverleger hat daher in seiner Vorstandssitzung vom 22. November d. J. in Berlin festgestellt, daß infolge der vorerwähnten Tatsachen „die große Mehrheit der deutschen Zeitungsverleger vor die Notwendigkeit gestellt ist, eine Erhöhung der Preise für die Abonnements und Inserate eintreten zu lassen“.

Der katholische Preßverein hat in selbstloser Weise durch die Zeitungsherausgabe jedermann ein Organ der Aufklärung und Verteidigung geben wollen. Je mehr Leser unsere Zeitung hat, desto mehr erfüllt sich der Zweck, den sich der Herausgeber gesteckt hat. Es ist daher eine besondere Pflicht der Katholiken die edle Intention nicht nur durch Abonnement und Insertion, sondern auch durch Beitritt zum Preßverein tatkräftig zu unterstützen. Es es ferner möglich sein wird, den Bezugspreis ohne Erhöhung zu lassen, hängt einzig und allein von dieser Unterstützung ab, die in der Zahl der Abonnenten, Inserenten und Vereinsmitglieder ihren Ausdruck findet.

Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich nur

1,50 Mark.

Für die bisherige Mitarbeit und Tätigkeit an der Ausgestaltung und Verbreitung unserer Zeitung sagen wir allen unseren Mitarbeitern und Freunden den herzlichsten Dank.

Redaktion und Verlag der „Sächs. Volkszeitung“.

r. Warum kam es zur Reichstagsauflösung?

Es hatte gestern ein Zentrumsbüchlein geschrieben, daß die Regierung in ihren Maßnahmen gegen den Reichstag immer rückwärtslos und kleinlicher wird. Einmal erfolgte die Auflösung des Reichstages wegen des Sozialistengesetzes, ein zweites Mal wurde wegen des Septennats an das Volk appelliert und jetzt bereits wegen 8 1/2 Millionen Mark, die die Mehrheit des Reichstages dem Reichskanzler nicht bewilligen wollte. Alle Welt ist sich jedoch darüber einig, daß nicht die Ablehnung der Nachtragsforderung die Regierung zur Auflösung bewog; sie ist nicht ein Werk des Augenblickes, sondern stellt sich als eine wohlüberlegte

Maßregelung des Reichstages dar. Welches aber waren die Gründe, die dazu führten?

Man macht dem Zentrum den Vorwurf, daß es der Regierung kein größeres Entgegenkommen zeigte nachdem es doch sah, daß der Reichskanzler in seiner Rede drohte, es zum Anlaß einer „Krisis“ zu nehmen. Drei Antworten gibt es darauf: 1. Es handelte sich um die Wahrung der Rechte des Reichstages; 2. die Ehre der Zentrumspartei stand auf dem Spiele; 3. eine gesunde Finanzpolitik erforderte die Ablehnung. Weil das Zentrum in diesen drei Fragen nicht nachgab, deshalb kam es zum Konflikt und zur Auflösung; man wollte das Zentrum unter dieser dreifache „Saudinische Noth“ zwingen, man glaubte eine radikallose Partei vor sich zu haben, die kleinlaut nachgibt, wenn Wilow und Dernburg mit zusammengesetzten Frauen als Jupiter Ikonas und Tonar den Will in das hohe Haus zu schleudern sich anmaßten — aber man hatte sich getäuscht; das Zentrum wich nicht um Quersbreite von der Verteidigung seiner Aufgaben zurück, die es national, weil dem Volkswohl dienende Gesichtspunkte ihm geboten.

Es standen die Rechte des Reichstages auf dem Spiele; sie mußten verteidigt werden und damit die Volksrechte. Die Zentrumsabgeordneten haben sich nicht auf den Standpunkt stellen können, daß in den säkularistischen Fragen nur der Generalfstab und der Truppenkommandeur entscheiden sollten und daß der Reichstag lediglich die Geldbewilligungsmaschine sei. Der Reichskanzler hat in der Schlußrede den Parteien jede Verantwortung für die Dinge in Südafrika abgeprochen; er betonte, daß nur die Regierung das richtige Verantwortungsgelühl habe. Und in diese Degradierung des Reichstages haben die Konservativen und Nationalliberalen noch freudig eingestimmt! Wie ganz anders sprach der Zentrumsführer Dr. Spahn! Er hat mit aller Bestimmtheit betont, daß auch das Parlament in diesen Fragen die volle Verantwortung zu übernehmen habe und daß es diese gerne trage. Ist denn das Parlament nur noch das Freigebiet für den Absolutismus und braucht man denn den Reichstag nur, wenn man neue Steuern schaffen will? Sollen in anderen Fragen nur die technischen Behörden allein entscheidend sein? In militärischen Fragen hat der Generalfstab das Wort, in Marinefragen der Admiralfstab, in Kolonialfragen das Kolonialamt, in Steuerfragen das Reichschatamt usw. Wozu braucht man dann noch einen Reichstag? Betrachtet die Regierung ihn als den Rohre, der gehen kann, wenn er seine Schuldigkeit getan, d. h. die Steuergebühren für die Spezialpositionen der einzelnen technischen Behörden, ohne Widerspruch erheben oder die Notwendigkeit prüfen zu dürfen, bewilligt hat? Dann sage man es lieber vom grünen Tisch aus offen und ehrlich und erpäre dem Volke die nutzlose Mühe des Wählens seiner Vertreter. Das Zentrum war sich der kritischen Lage wohl bewußt, es war sich aber auch bewußt, daß die Rechte des Reichstages auf dem Spiele standen. Es war eine sehr schwere Entscheidung, die daselbst am 13. Dezember herbeiführte, aber es kämpfte für die Rechte des Reichstages und damit für die Rechte des Volkes! Das werden die Wähler zu würdigen verstehen. Gegen das absolutistische Regiment in irgendwelcher Form hat sich die Zentrumskolonisation ausgesprochen und sie müßte die gesamte Vergangenheit bereden, wenn sie es nicht getan hätte! Ja, das Zentrum ist die alte Volkspartei, die auch hier die bürgerliche Freiheit verteidigt hat! Der Wahlkampf geht auch in erster Linie um diesen Punkt!

In zweiter Linie wurde die Haltung des Zentrums durch sein eigenes Ansinnen bestimmt; seine Ehrenstand auf dem Spiele. Die kaiserliche Auflösungsordre war von Bückeburg datiert! Das Zentrum ging nicht nach „Bückeburg“, sondern schritt heldig erhobenen Hauptes lieber zur Auflösung. Es handelte sich um eine Kraftprobe zwischen Regierung und Zentrum; letzteres sollte gedemütigt werden — es sollte sich vor aller Welt selbst eine Ohrfeige verdienen. Auf den Zentrumsantrag, der der Regierung 20 Millionen zu bewilligen bereit war und nur 8 1/2 Millionen als unnötig abstrich, ging man gar nicht ein; man erörterte die Fragen gar nicht, die der Antrag einschloß. Zorn sprangen ein halbes Dutzend Geheimräte um das Zentrum und meinten, ob man sich nicht auf diese oder jene Art verständigen könnte. Diesmal kam keiner! Man wollte keine Verständigung; man arbeitete systematisch auf den Bruch hin! Das Zentrum sollte in öffentlicher Sitzung der Regierung nachspringen, es sollte klein beigeben. Man wollte es um alles politische Ansehen bringen, es politisch entehren! Der Trick war schon ausgedacht. Der Unfall des Zentrums hätte es um sein politisches Renommee gebracht, um damit seine Widerstandskraft zu brechen. Die Presse hätte schon dafür gesorgt, daß diese Sünde zur Todssünde emporgeraubt worden wäre, die ihn in den Augen vieler Wähler den Todesstoß verriet hätte. Zum Schluß des tragikomischen Schauspielkes wäre es doch zum Konflikt gekommen, die Regierung hätte die sich bietende Gelegenheit einer weiteren Opposition gegen irgend eine Vorlage benützt, um die Krisis herbeizuführen. Durch diese schlaue Rechnung des Reichskanzlers hat das Zentrum einen dicken Strich gemacht; es steht tadellos da. Er trägt die vielgenannte „weiße Weste“!

Wie höhnt man jetzt über den Unfall der Freijüngigen, jener Partei, die den Lockungen des modernen Erbkönigs, ihres Gefinnungsgenossen Dernburg, nachgab, ihre jahr-

zehntelange Vergangenheit verpaf und ihr Programm an den Nagel hing. Wenn ihr Führer Eugen Richter noch am Leben gewesen wäre, so hätte die Partei sich einer solchen Charakterchwäche nicht schuldig gemacht. Der Reichskanzler wollte dem Zentrum so gerne die gleiche Demütigung bereiten, daraus ist nichts geworden. Nun wird der Wahlkampf gegen die Regierung geführt werden; seit 1883 ist dies nicht mehr geschehen. Auch die Wähler des Zentrums sind genügend geschult, um auch, wenn es gegen die Regierung geht, zu siegen. Die Fraktion verteidigte die politische Ehre der Zentrumswähler, und letztere werden mit mehr als 2 Millionen Stimmen ihre Hebereinstimmung bekunden!

Der Streit um die gesunde Finanzpolitik ist der dritte Punkt, der zur Auflösung führte. Eben erst hat man dem deutschen Volke 200 Millionen Mark neue Steuern auferlegt. Der neue Etat liegt vor und sagt ganz offen, daß noch mehr Steuern zu bewilligen seien. Die erste Ursache dieser Katastrophe liegt in der Kolonialausgabe. Mund 96 Millionen Mark sollen 1907 für die Kolonien ausgegeben werden. Aber wie immer, wird auch diesmal diese Summe hart überschritten werden. Was hat Südafrika den Steuerträgern bereits gekostet? Netto 300 Millionen Mark! Die ungeheure Summe haben wir für ein Land ausgegeben, in welchem im besten Falle 10 000 Rittergutbesitzer einmal ihr Unterkommen finden können. Und noch soll diese Last sein Ende nehmen! Noch mehr Millionen wollte die Minderheit des Reichstages in dieses Maß ohne Boden werfen! La laßt das Zentrum halt! So kann es nicht weiter gehen! Unsere Reichsfinanzen können diese Politik nicht aushalten. Der Feind ist noch der Aussage der Regierung niedergeworfen, es muß also zu einem Schluß kommen und mehr als 2500 Mann Schutztruppe können wir nicht verantworten. Die noch zu leistende Arbeit können billige Polizeitruppen ausführen. Aber man hörte nicht auf diese Stimme; man verlangte daß der Reichstag ungeprüft neue Millionen bewilligt. Weil die Mehrheit die Verantwortung hierfür ablehnte, schickte man die Volksvertreter nach Hause. Jetzt hat das deutsche Volk zu bestimmen, ob es bereit ist, jährlich 100 Millionen für die Kolonien zu opfern, wo wir für das Heer und Marine schon so große Lasten tragen müssen. Das Zentrum wollte diese Politik nicht vertreten und die Verantwortung hierfür nicht übernehmen.

Die Wähler haben nun das Wort. Der Kampf richtet sich in erster Linie gegen das Zentrum; dieses wird von allen Seiten bedrängt. Aber es braucht keine Angst zu haben. Seine Wahlparole ist vorzüglich; sie muß ihm Tausende von neuen Wählern zuführen und sie wird es auch tun, wenn alle Faktoren tüchtig arbeiten. Das erste ist Verbreitung der Zentrumspresse!

Politische Mundschau.

Dresden, den 15. Dezember 1906.

— Ein Telegramm des Reichlichen Bureaus sagt: „Nach Mitteilungen mehrerer Blätter soll in parlamentarischen Kreisen an der Richtigkeit der Meldung über ein vom Kaiser dem Grafen Falkenstein zugegangenes Telegramm festgehalten werden. Dieser irtümlichen Auffassung gegenüber wird halbamtlich erklärt, daß die dem Grafen Falkenstein zugegangene Depesche weder vom Kaiser herrührt, noch ihrem Inhalt nach sich auf die schwebenden politischen Angelegenheiten bezog.“ — Damit wird ausgegeben, daß eine Depesche nichtpolitischen Inhalts von einer höchsten Stelle an den Grafen Falkenstein eingegangen war. Die Germania nennt den deutschen Kronprinzen als Absender.

Die Stellung der Parteien im Wahlkampf. Die Parteien haben noch nicht offiziell Stellung genommen, aber in der Berliner Parteipresse kommt doch schon etwas zum Ausdruck, welche Last sie einzuschlagen gedenken. Diesmal schickt die „Volkzeitung“ den Fogel ab; sie formuliert den Streit also: „Denn handelt es sich um den Schutz des Reiches und des Volkes gegen eine unverantwortliche, auf Selbstverleugung gehende Nebenregierung, die das Recht des Parlamentes nur zum Vorwande nehmen wollte, um mit Hilfe der Revolutionärpartei der obersten Strafgewalt ein Manöver zu bereiten. Die Parole gegen diesen politischen Gegner muß lauten: „Für den deutschen Kaiser und die deutsche Ehre!“ Noch selten ist uns eine solche Verdrängung der Lasten vorgenommen! Die Rechte des Kaisers sind nicht gefährdet, wohl aber die Rechte des Reichstages. Die „Deutsche Tageszeitung“ schaut viel bedenklicher in die Zukunft; aber sie tröstet sich mit folgenden Worten: „Für das Reich, für des Reiches Ehre, für des Reiches Renland gegen diejenigen, welche die nationale Ehre und Würde aufs Spiel setzten. Das muß die erste Lösung sein. Wir wollen uns wieder erinnern an die schönen, begeisterten Zeiten, da wir unter dem frischen Eindruck des neuen Deutschen Reiches standen. Vielleicht gibt diese Auflösung den lang erlittenen Anlaß, die großen nationalen Gesichtspunkte wieder in den Vordergrund zu ziehen. Aber auf die Dauer wird die Nation nur ihre Ehre bewahren können, wenn sie stark, fräftig, lebensfähig ist; und das kann sie nur sein, wenn wir eine klare, fräftige Heimatspolitik, Mittelstandspolitik, Agrarpolitik treiben. In der Parole: „Für des Reiches Größe und Ehre!“ muß die andere treten: „Für den Acker, für die Heimat, für die ehrliche Arbeit in Stadt und Land!“ — Ganz in dieselben